

Auf der Suche nach einer besseren Wirtschaftsordnung

A) Diskussion von Beiträgen im CGW-Rundbrief,

der von den *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.* und ab der Folge 12 / 3 zusammen
mit der *Akademie Solidarische Ökonomie* herausgegeben wird.

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Januar 2015

Text 136.1

B) Anmerkungen zu dem **Manifest der Freiheit** des Handelsblattes,

das als Reaktion auf den Mordanschlag in der Redaktion des Satiremagazins
CHARLIE HEBDO entstanden ist.

C) Einzelne Leserkommentare zum Themenkreis

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Januar 2015

Text 136.2

A) Diskussion von Beiträgen im CGW-Rundbrief

Ich gehe ein auf die Beiträge:

- > *Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft* > von Bernd Winkelmann,
 - > *Ökumenische Sozialinitiative* < von Bernd Winkelmann,
 - > *Wie kommt es, dass gesellschaftliche Aufbrüche und Veränderungen so schnell von falscher Seite okkupiert und in ihr Gegenteil verkehrt werden können?* < von Giselher Hickel im **Rundbrief 14/4 Dezember 2014**
- und
- > *Die friedliche Revolution `89 – Ein reformatorisches Erbe?* < von Heiko Lietz im **Rundbrief 13./4 September 2014**

Ich beginne mit der umgekehrten Reihenfolge und da Giselher Hickel den Beitrag von Heiko Lietz kritisiert, sah ich mich genötigt, in der vorletzten Ausgabe des Rundbriefes diesen Beitrag zu finden und zu lesen. Vertrakterweise konnte ich das Heft nicht finden. Aber siehe da, alle Texte sind unter www.cgw.de zugänglich.

Auf den Beitrag von Lietz war ich neugierig geworden, weil Hickel schreibt:

> In den September-Rundbrief hast Du einen ausführlichen Text von Heiko Lietz über die 89er Wende in der DDR aufgenommen. In den Jahrzehnten, die ich Heiko Lietz kenne, waren wir nie einer Meinung, aber ich hatte Respekt angesichts seiner Gradlinigkeit. Das gilt auch jetzt. Seine Darstellung bedient ein in sich geschlossenes und folgerichtiges Interpretationsmuster von DDR-Geschichte, das der herrschenden Meinung weitgehend entspricht. Wir alle wissen, dass, wenn es um Geschichte geht, unterschiedliche Narrative existieren, denen man jeweils ihre Gültigkeit nicht absprechen kann, denen man aber auch nie absolute Wahrheit zuerkennen sollte. <

Der Hinweis von Giselher Hickel auf die *unterschiedlichen Narrative*¹ ist wichtig, um anderen geduldig zuzuhören, wenn deren Aussagen zur eigenen Wahrnehmung im Widerspruch stehen. Die Wertung von Zeitgeschehen wird von verschiedenen Personen aus verschiedenen Blickwinkeln auf verschiedenem persönlichen Hintergrund wahrgenommen. Erst aus der Zusammenführung von verschiedenen Wahrnehmungen kann ein Extrakt gebildet werden, das der Wirklichkeit nahe kommt. Der Weg zu einer Beschreibung der Wirklichkeit ist aber mit Stolpersteinen gepflastert, weil die Definition einer bestimmten Wirklichkeit selten wertfrei ist, sondern stark von Interessen der kleineren oder größeren Gruppe beeinflusst wird oder werden kann. Ein falsches Bild von der Wirklichkeit kann unter Umständen für eine Weile eine sichere Handlungsfähigkeit verleihen als ein unbestimmtes oder offenes. In der Gruppendynamik – so habe ich vor vielen Jahren gelernt – spielt Gruppenleistung des Suchens

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Erz%C3%A4hlung>

und Findens eine große Rolle. Findet die Gruppe durch das Suchen keine Lösung, keine Antwort auf ein Problem, so definiert sie eine Antwort, um nicht handlungsunfähig zu werden. Der Suchprozess setzt dann wieder ein, wenn die festgelegte Antwort die Kommunikation unter den Gruppenmitgliedern nicht mehr ausreichend ermöglicht und die Handlungen verunsichern.² Dieser ständige Prozess des Suchens, Findens und Festlegens eines Geschichtsbildes oder einer Vorstellung von den institutionellen Sachzusammenhängen kann von Gruppen, die mit politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Macht³ ausgestattet sind, verzögert aber nicht aufgehoben werden.

Ich schaue mir nun den Beitrag von Heiko Lietz – der als Rede gehalten wurde – nochmals an, um zu prüfen, ob ich den Widerspruch von Giselher Hickel verstehen kann. Die Vorgänge in der ehemaligen DDR kann ich nicht kommentieren, weil ich sie selbst nicht erlebt habe und nur aus Berichten kenne. Aber in meinem eigenen Redetext zur Gründungsversammlung der Liberal Sozialen Partei in Bonn am 25. November 1967 habe ich geschrieben:

5.22 Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erst recht nicht die Wiedervereinigung.

Ich kann nun aber zu einzelnen Passagen von Heiko Lietz, zur Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers auf die Geschehnisse in der DDR, parallel Aussagen zur BRD aus der Sicht eines BRD-Bürgers formulieren, nicht um die DDR und BRD gleichzusetzen, sondern um zu zeigen, dass beide nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen – bedingt souveränen – Staaten ihre eigenen Entwicklungsschwierigkeiten mit den demokratischen Bürgerrechten hatten. Um diesen Text nicht unnötig aufzublähen, will ich mich auf eine Textstelle von Lietz beschränken.

Zum besseren Verständnis eine kurze historische Rückblende:
Die DDR war von Beginn ihrer Existenz an nicht wirklich demokratisch legitimiert. Seit ihrer Staatsgründung herrschte mit der SED nur eine Partei, die alle anderen gesellschaftlichen Kräfte nach und nach mit ihrem totalitären Anspruch unter ihre Regie zwang. Es waren einzig die Kirchen, die sich durch all die Jahre ganz zum Ärger der SED ihre relative Eigenständigkeit bewahrten.

2 Peter R. Hofstätter: Gruppendynamik, rde. Bd. 38, 60. Aufl. 1964

<http://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/gruppendynamik/6124>

3 Sobald ein Glaube anfängt sich zu organisieren und zur Religion wird, wird er auch ein kleiner oder großer Machtfaktor. Sobald eine Religion zur dominanten Macht in einer Gesellschaft wird, haben weder die Gläubigen noch die Ungläubigen unabhängig vom Inhalt der Religion etwas zu lachen. Dabei ist es dann egal, ob die Religion sich Christentum, Islam oder xyz nennt.

Meine entsprechende Aussage: Die Demokratie der BRD fand ihren Einzug als ein Oktroy der westlichen Siegermächte.⁴ Ein Recht der Bürger des westlichen Deutschlands zur Formulierung der Verfassung und zur Abstimmung über das Grundgesetz hat es nicht gegeben. Die Idee der Demokratie hat sich hier als Parteienherrschaft realisiert. Im Vereinigungsprozess von DDR und BRD hat diese Parteienherrschaft den Deutschen aus Ost und West das Recht auf die Verfassungsgebung verweigert und wesentliche Aussagen des Grundgesetzes verraten. Dieser Verrat wurde rechtstechnisch kaschiert.

Die Kirchen haben es von Anbeginn der BRD verstanden, die strikte Trennung von Staat und Gesellschaft zu unterlaufen und sich vom neuen Staat Privilegien zusichern zu lassen.⁵ Ihre Aufgabe war weniger die Verkündigung der frohen Botschaft als viel mehr die Steuerzahlerchristen in die Ideologien der herrschenden Parteien einzubinden und ihr Streben nach eigenem politischen Handeln mit eigenen Maßstäben zu verhindern. Das gegenseitige Geschäft zwischen Staat und Kirche (Religionsgemeinschaften) besteht auch heute noch und hat ein wesentlich höheres Gewicht als die auch gegenteiligen Bestrebungen in der Bürgerschaft.

Giselher Hickel hat in seinem Urteil über Heiko Lietz' Beitrag recht. Der Text deutet auf einen gradlinigen Verfasser hin. Die Wirkungsketten zur Auflösung der DDR außerhalb des eigenen Erlebens lässt er außer Betracht, wie auch die Wirkungen der Art der Vereinigung von DDR und BRD auf die gemeinsame Entwicklung. Das ist aber solange kein Nachteil, wie dem allgemeinen Publikum ergänzende Berichte aus anderer Perspektive, die zusammengefasst eine Gesamtschau ermöglichen, zugänglich sind. Außerdem besteht ja das Problem, dass der berichtende Akteur eines Zeitgeschehens seine eigenen Wahrnehmungen und sein eigenes Tun nicht für so gering halten kann, dass dadurch der Antrieb zum Berichten verloren geht.

Giselher Hickel schreibt:

Wie kommt es, dass gesellschaftliche Aufbrüche und Veränderungen so schnell von falscher Seite okkupiert und in ihr Gegenteil verkehrt werden können? Das ist das bedrückende Phänomen, das wir an so vielen Stellen der Welt heute beobachten müssen. Aus der Geschichte der letzten 25 Jah-

4 Das ist keine rechtsradikale Aussage. Diejenigen, die die Zeit erlebt haben, können es aus eigenen Beobachtungen bezeugen. Ich habe es auch in einem Beitrag von Alexander Mitscherlich gelesen und sogar in einem Text der Bundeszentrale für politische Bildung.

5 Der Vorgang wird auch dadurch nicht besser, dass auch mit den Juden Staatsverträge (Konkordate) geschlossen wurden und jetzt mit dem muslimischen Verbänden geschlossen werden sollen. Siehe: „Da werden Privilegien geschaffen!“ Interview von Michael B. Berger mit Johann- Albrecht Haupt, er war jahrelang Referatsleiter im niedersächsischen Kultusministerium. Der 71-Jährige ist Experte für Staatskirchenrecht in der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union. HAZ, Seite 5 vom 31.12.2014

re lernen hieße, Antwort auf diese Frage zu finden.

Ich wollte nun versuchen, eine Antwort zu formulieren. Ich kann mir das aber sparen, weil ich aus einem anderen Zusammenhang auf eine solche von mir aus dem Jahr 2000 stieß.

So wie eine blutige Revolution nur das hervorbringen kann, was schon in den Köpfen der Revolutionäre angelegt und in den emotionalen Schichten der Massen verankert ist, so kann auch eine friedliche Revolution nicht mehr hervorbringen, als in den Trägern (und Verwaltern) der Revolution geistig und emotional bis dato verankert war. Der Westen der Republik war trotz bester Voraussetzungen nicht vorbereitet auf die Veränderungen und hatte in allen politischen Lagern eine panische Angst vor eigenen fälligen Veränderungen.⁶

Zu dem Vortrag „*Ökumenische Sozialinitiative*“ von Bernd Winkelmann: Ich finde die Aussagen gut und will möglichst wenig zitieren, da der gesamte Text ja über www.cgw.de zugänglich ist. Die Abschnittsüberschriften lauten: 1) Zeit für ein „Sozialwort“ der Kirchen /, 2) Wo steht die Kirche? / 3) Was setzen wir, die Akademie Solidarische Ökonomie, dagegen? / 4) Wir stehen mit diesen Überlegungen überhaupt nicht allein da, .../ 5) Wo bleiben die Kirchen in Deutschland?

Unter 1) werden die Mängel unserer Ökonomie deutlich benannt. Unter 2) wird beklagt, dass die ökumenische Sozialinitiative zwar die Fehler benennt, aber nicht in die Ursachenforschung eingeht. Die Frage ist hier, ob die Kirchen – damit sind nicht die einzelnen Gläubigen gemeint, sondern die Organisationen mit ihren Hierarchien und in der Mehrzahl sympathischen Funktionären - Mitspieler und Nutznießer des Kapitalismus sind. Können sie sich mehr für ein größeres Maß an Gerechtigkeit einsetzen, als notwendig ist, um das gemeine Volk und die aufbegehrende Minderheit in der Priesterschaft bei der Stange zu halten? Organisationen werden gegründet, um eine Idee zu verbreiten oder um bestimmte Änderungen in den Institutionen oder den Strukturen durchzusetzen. Wenn sie aber gegründet sind, ist ihr Selbsterhalt und das Brot ihrer Funktionäre die Hauptsache ihrer Existenz. Kirchen unterscheiden sich in dieser Beziehung nicht von Parteien und Verbänden.

⁶ Der ganze Text kann nachgelesen werden unter: „Zehn Jahre Vereinigung von DDR und BRD: Freude und Bitterkeit / Verpaßte Chancen: auch für eine Boden(rechts)reform“ in der Textsammlung: Das Boden(un)recht / Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit / Eine Sammlung fremder und eigener Texte / von Tristan Abromeit mit eigenständigen Beiträgen von: Fritz Andres Roland Geitmann Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a. / Teil II / Seite 66 – 70.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.2%20Boden%28un%29recht%20Teil%20II.pdf>

Unter 3) ist zu lesen:

Wir gehen die Ursachenfrage radikal an. D.h. wir fragen nach den Wurzel-Ursachen der Fehlentwicklungen. Und mit der Ursachenfrage stellen wir die Systemfrage. Bei der Systemfrage gibt es bei vielen ein empfindliches Zurückzucken, weil hier die traumatische Angst vor dem Kommunismus angerührt wird: der unsägliche Stalinismus und das Totalversagen des Staatssozialismus der DDR. Aber wir verstehen die Systemfrage nicht im alten ideologischen Sinne, sondern im Sinne der Systemtheorie. Hier wird rein logisch nach den Funktionen eines hochkomplizierten Systems gefragt: Wie funktioniert was? Was funktioniert gemessen an den Zielen falsch oder richtig? Was muss wie umgebaut werden, damit die Ziele erreicht werden können?

Das klingt gut. Nur ist es schwer, die Menschen für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zu begeistern, zumal einem eigene blinde Flecken in der Wahrnehmung auf Abwege führen können. Die Mehrheit will lieber an das gute Ziel glauben und ist in bestimmten gesellschaftlichen Situationen bereit, dafür zu kämpfen. Der Glaube an das hehre Ziel ist auf der einen Seite für die Dynamik einer Reformation oder Revolution nötig auf der anderen Seite gefährlich, häufig tödlich, wenn man ihn nicht teilt. Für den Kommunismus wurde doch ursprünglich nicht gelitten und gestritten, weil man möglichst viele Menschen einsperren oder töten wollte, sondern weil man glaubte, die Analyse der Ursachen der Fehlentwicklungen seien richtig und die Lösungsansätze praktikabel und letztlich menschenfreundlich. Das Ziel war Gerechtigkeit und Freiheit. Bei den Neoliberalen erster oder chigoer Prägung – sie sind zu unterscheiden von den Neoliberalen erster Prägung, auch Ordoliberalen genannt – ist es ähnlich. Auch hier war nicht das Ziel, die Menschen zu drangsalieren, sondern ihnen Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen. Es hat keinen Sinn, die Neoliberalen wie einst die Kommunisten zu verteufeln, sondern hier ist es überlebenswichtig, die Fehler in ihren Systemen zu finden und praktikable Schlüsse daraus zu ziehen.

Unter 4) ist zu lesen:

So gibt es die vielfältigen Bewegungen und Entwürfe einer „Solidarischen Ökonomie“ und einer „Gemeinwohlökonomie“. Es gibt in Deutschland und Europa die Initiative einer „Wirtschaftswendeökonomie“, einer „Postwachstumsökonomie“. Es gibt unter jungen Ökonostudenten die Bewegung für eine „Plurale Ökonomie“, die gegen die einseitig neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftslehre an den Unis protestiert.

Das ist gut und richtig und vor allem auch vorteilhaft, damit sich nicht in der Mehrheit der ökonomischen Opposition - wie in 60er Jahren - eine falsche Theorie als Erlösungsreligion festsetzt. Das ist aber noch nicht die Lösung, sondern der Weg zu einer Lösung, die für mehr

als den Zeitraum einer Generation tragbar ist. Es besteht auch die Gefahr, dass wieder ein Modell aufgrund seines guten Kluges großen Zulauf erhält, obwohl es seine Systemrichtigkeit noch nicht - wenigstens theoretisch - bewiesen hat. Und ich vermute, dass Modelle, die auf den neuen Menschen oder die Entwicklung seiner Moral setzen und ohne Moralpolizei auskommen wollen, auf längere Zeit gesehen alle zu den Verlierern gehören, werden. Ich denke, dass die Idee der Förderung des Gemeinnutzes durch das Streben nach Eigennutz, wie wir sie bei Adam Smith und auch bei Silvio Gesell finden, die gangbare und bessere Lösung ist. Wir müssen nur herausfinden, wie die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen beschaffen sein müssen, damit Proudhons Formel von der Gegenseitigkeit als Bedingung der Gerechtigkeit zum Zuge kommen kann.

Unter 5) ist für die Kirchen in Deutschland eine gute Aufgabenliste formuliert, wie man sie auch für die Gewerkschaften oder Parteien formulieren könnte. Ich denke, im ideellen Sinne würden die meisten Mitarbeiter aller drei Organisationsgruppen solchen Aufgabenlisten zustimmen, sich aber dann fragen: „Wie wirkt sich das auf meine von mir angeforderte Arbeitsleistung, auf mein Einkommen und auf meine Rente aus?“ Einen Weg zu finden, der nicht an persönlichen Vorbehalten scheitert, nicht im Aufstand und Terror endet oder im Herkömmlichen so lange verharrt, bis es zur sozialen Explosion kommt, ist wahrlich nicht leicht. Die Kirchen müssen erst lernen, dass sie ein Teil des Bösen sind, um dessen Bekämpfung sie sich bemühen. Der Glaubensehrlichkeit und der Reformbereitschaft der Kirchen bekäme es gut, wenn ihre Pastoren und Priester sich ihren Lebensunterhalt als Angestellte, Arbeiter, Handwerker oder Landwirte verdienen müssten - vor allem würden sie freier in der Vermittlung dessen, was sie wirklich glauben und sie wären nicht so sehr an die Vorgaben der Hierarchien gebunden. Der Zugewinn an Glaubensfreiheit und an der Freiheit der Vermittlung von Glaubensinhalten würde zwar die Macht der Kirchenhierarchien schwächen, aber die Reformkraft des christlichen Glaubens vermutlich stärken.

Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft

Spiegelsaalgespräch bei Bischöfin Junkermann in Magdeburg zur Ökumenischen Sozialinitiative, Auszug des Beitrages von Bernd Winkelmann

Ich wurde als Vertreter der Akademie Solidarische Ökonomie und der Initiative „anders wachsen – Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum“ zum Referat und zum Podiumsgespräch eingeladen. Mein Diskussionspartner war Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen

Fakultät der Uni Magdeburg, ...

... Ich skizzierte den Ansatz in der Akademiearbeit, der die Ursachenfrage als Systemfrage bearbeitet und Entwürfe einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise erarbeitet, die auch die zerstörerischen Wachstumszwänge hinter sich lassen sollen. Ich nannte einige „Bausteine“ (neue Finanzordnung, neue Eigentums- und Einkommensordnung), die als „Systemweichen“ zu einer gerechteren und lebensdienlichen Wirtschaft führen könnten. Ich machte darauf aufmerksam, dass es eine anwachsende Suchbewegung für eine „Postwachstumsökonomie“ gäbe und benannte die wichtigsten Aufgaben der Kirchen. Während meiner Ausführungen bemerkte ich die sehr erschrockenen Gesichter der Anwesenden, so als würden sie da etwas Unerhörtes, noch nie Gehörtes hören. Prof. Paqué versuchte in seinem folgenden Referat meine Ausführungen zu widerlegen:

Wirtschaft sei ein so kompliziertes Unterfangen, dass man da keine allwissenden Alternativrezepte vorlegen könne. Die Soziale Marktwirtschaft sei ein fehlerfreundlicher Lernprozess, der sich in Deutschland bestens bewährt habe. So gäbe es einige Fehlerscheinungen z.B. im Bankenwesen, die aber innerhalb des Systems korrigierbar wären. Wachstum und Innovationen seien unverzichtbar. Wir brauchen keine große Transformation, kleine Schritte seien ausreichend. Die Hartz IV Gesetze haben in Deutschland zum Aufschwung geführt. Die Einkommensunterschiede seien weltweit und lägen an den höheren Qualifizierungen, die besser bezahlt würden. ...

... Die Versuche eines Systemwechsels haben immer in Diktaturen geführt. Wie sollte eine Umverteilung und ein Recht auf Arbeit realisiert werden? Der Markt regle diese Dinge. Die Deutschen sollen in der ökologischen Frage sich nicht zu Lehrmeistern anderer Völker erheben. Wirtschaft ohne Kapitalismus, ohne Wachstum bricht zusammen. ...

Ein Mensch, der nicht gängige Gedanken vorträgt, fühlt sich sicher wohler, wenn er bei seinen Zuhörern und Mitdiskutanten auf Verständnis oder hin und wieder Zustimmung stößt. Aber Gedanken, die schon Allgemeingut sind, brauchen höchstens zur Erbauung aber nicht zur Aufklärung vortragen werden. Da das Leiden der Menschen an der Ökonomie aber offensichtlich ist, bleibt es beim Vortragen von festgestellten Mängeln und den Bericht über bisherige Suchergebnisse nach Lösungen von den vorhandenen Problemen nicht aus, dass ein Referent oder Diskutant eine Kollision mit den üblichen Vorstellungen nicht vermeiden kann. Um aber die Zuhörer zum gedanklichen Mitgehen zu ermuntern und den Kritikern das Wasser abzugraben, sollten Gemeinsamkeiten mit den Zuhörern betont werden und Missverständnissen vorgebeugt werden. Ich will hier etwas sagen zu den vermeidbaren Missverständnissen und zu dem Gegenspieler von Bernd Winkelmann im vorliegenden Fall, nämlich

zu Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué und den FDP-Liberalen allgemein.

Die Akademie Solidarische Ökonomie beansprucht für sich systemanalytisch vorzugehen. Wer diesen Weg gehen will und nicht einfach aus dem Gefühl heraus Alternativmodelle der Wirtschaft entwickeln will, hat doch erst zu klären, ob die Akteure, nämlich die Menschen bzw. ihre Eigenschaften beliebig gestaltbar sind. Wenn man dieser Frage nachgeht, taucht schnell der alte Streit um die Behauptungen oder Erkenntnisse wieder auf, dass der Mensch bei der Geburt eine Tabula Rasa ist oder dass seine ganze Entwicklung schon mit den ererbten Genen festgelegt ist. Dann wird auch noch gesagt: „Sowohl als auch!“ Die Aussagen variieren im Laufe der Zeit und mit der Zugehörigkeit des Urteilenden zu einer der konkurrierenden Schulen. Dem gläubigen Menschen müsste eigentlich die Vorstellung, der Mensch sei bei der Geburt ein unbeschriebenes Blatt, Unbehagen auslösen, denn er geht doch davon aus, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes ist. Und einem Schöpfergott zu unterstellen, er entließe seine Geschöpfe unvollständig in die Welt, ist doch ein unsympathischer Gedanke. Die Versuche von Pädagogen und Akteuren anderer Professionen, die im Laufe der Zeit versucht haben, einen neuen Menschen heranzuziehen, sind doch alle fehlgeschlagen. Es besteht doch die berechtigte Annahme, dass der Mensch in seinen Eigenschaften nur begrenzt formbar ist und seine Grundstruktur der Eigenschaften - in Zeiträumen von Jahrhunderten gedacht - festgelegt ist. Das hat auch etwas Tröstliches, weil so der Mensch dem Menschen „berechenbar“ ist und er nicht bei jeder Begegnung von Grund auf prüfen muss, mit was für einem Wesen er es zu tun hat.

Neulich las ich folgendes Zitate von Johann Heinrich Pestalozzi und dem zitierenden Autor Bruno Schliephacke: ⁷

Denn „der Mensch ist gut und will das Gute; er will nur dabei auch wohlsein, wenn er es tut; und wenn er böse ist, so hat man ihm sicher den Weg verrammelt, auf dem er gut sein wollte. O, es ist ein schreckliches Ding um dieses Wegverrammeln! Und es ist so allgemein, und der Mensch ist daher auch so selten gut! Aber dennoch glaube ich ewig und allgemein an das Menschenherz und gehe in diesem Glauben meine bodenlose Straße, als wenn sie ein römisch gepflasterter Weg wäre.“ (Gertrud, 4. Brief).

Pestalozzi ist überzeugt, daß der Mensch zur Freiheit und „Selbstkraft“ gebildet werden könnte, wenn es die äußeren Bedingungen zuließen.

Wenn er sagt, „ich baue alle Freiheit auf Gerechtigkeit“, (Anmerkung zur Abendstunde), so meint er damit die Rechtschaffenheit der sozia-

⁷ In „Pestalozzi der Rebell“ von Bruno Schliephacke, 1960, S. 54 f.

len Lage. Der Mensch muß darin jeder äußeren Autorität entzogen werden; denn diese führt und verführt ihn zu leicht.

Auf der Seite 24 heißt es vorher:

Pestalozzi aber wollte nie von außen her durch Wohltätigkeitsmethoden der Not der Massen steuern. Er wollte den werdenden Menschen zur Selbständigkeit nicht nur im Denken, sondern auch im Handeln erziehen. Der Mensch ist ihm Objekt und Subjekt der Erziehung, wenn er lehrt: „Die ganze Natur und die ganze Geschichte ruft dem Menschengeschlechte zu, es solle ein jeder sich selbst versorgen, und das Beste, was man dem Menschen tun könne, sei, daß man ihn lehre, es selber tun.“

In seiner Praxis auf Neuhof hat Pestalozzi gezeigt, wie „der Staat dem Elend Gelegenheit geben müsse, sich selbst fortzuhelfen“, statt dessen aber würde „das Recht der schaffenden Stände im Mistloch der Gnade ersäuft.“

Wenn wir von der gegenteiligen Vorstellung - der Mensch sei von Grund auf böse und müsse von der Gesellschaft unter Kuratel gestellt werden - ausgehen, dann müssen wir uns alle gegenseitig einsperren, wobei das Problem auftaucht, das am Schluss keiner mehr da ist, der den letzten Wegzuschließenden wegschließt, denn auch dieser wäre ja ein in sich böser Mensch. Dieser Weg ist eine Sackgasse.

Wenn wir freie Menschen in einer freien Gesellschaft wollen, müssen wir uns schon zu dem Urteil entschließen, dass der Mensch gut sei und sich selbst versorgen kann. Die Modellbauer einer neuen Ökonomie müssen nur darauf achten, dass der Mensch in diesem Modell ohne Selbstverleugnung auch die Chance dazu hat. Sich selbst versorgen heißt in einer arbeitsteiligen Welt aber nicht, dass jeder Mensch ein autarker Gärtner werden soll, sondern dass er von dem, was er für andere in Kooperation oder alleine leistet, sein Leben in Freiheit und Würde mit der erforderlichen Muße für die Kultur und Politik – im Sinne von Bürgerbeteiligung - fristen kann.

Wer sich Gedanken um eine bessere Ökonomie macht und diese zu einem Programm ausformuliert mag sie Solidarische Ökonomie, Gemeinwohlökonomie, Postwachstumsökonomie, Plurale Ökonomie, auch Natürliche Wirtschaftsordnung oder anders benennen, er kommt nicht um den heutigen Erkenntnisstand herum, dass es nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnungen gibt, nämlich die Zentralverwaltungswirtschaft und die Marktwirtschaft, auch benannt: Kommandowirtschaft und Verkehrswirtschaft. In ganz reiner Form werden sie wohl selten oder nie vorkommen. Die realisierten Wirtschaftsordnungen liegen in Mehrzahl

als Mischformen dazwischen. Die einen tragen mehr marktwirtschaftliche Züge, die anderen mehr zentralverwaltungswirtschaftliche. Wichtig ist, zu bedenken, auf welches Ziel die neue Wirtschaftsordnung oder das neue Wirtschaftssystem ausgerichtet werden soll. Jeglicher Zentralismus - egal, mit welcher Idee oder Ideologie er unterlegt wird – muss zwangsläufig den individuellen Freiheitsraum einengen, während eine dezentrale Ordnung die Voraussetzung für Freiheit ist.

Die nächste wichtige Aufgabe, die bewältigt werden muss, ist die Unterscheidung der reinen Wirtschaftsordnungen von der Erscheinung, die wir Kapitalismus nennen. Der Kapitalismus ist keine Wirtschaftsordnung, sondern ein Überlagerungssystem, das seine Wirkungen aus Systemfehlern in der Marktwirtschaft bezieht und in der Zentralverwaltungswirtschaft aufgrund von Willkürakten der Verwaltung und auf aufgrund von fehlenden Anreizen zur produktiven Arbeit, die durch Privilegien ersetzt werden müssen. Der Kapitalismus ist also a) eine Wirtschaftsform, in der die eingesetzten Mittel zu Kapital werden und eine Rendite zu Lasten des Arbeitseinkommens erzwingen können oder b) eine bürokratische Ausbeutung der Arbeit in einer Kommandowirtschaft. Das Anliegen des ursprünglichen Sozialismus war eigentlich nur, der Arbeit den vollen Arbeitsertrag zu sichern und nicht den Menschen eine ökonomisch-politische Zwangsjacke zu verpassen.

Wenn soweit eine Klarheit des Gedankens erarbeitet wurde, und eine Entscheidung aus Zuneigung zur Freiheit für die Marktwirtschaft gefällt wird, gilt es herauszufinden, wie diese dann ausgestattet werden muss, dass sie überhaupt das leisten kann, was man von ihr erhofft. Da zum Beispiel eine Marktwirtschaft ohne privates Eigentum nicht geben kann, ist es wichtig herauszufinden, welche Güter denn überhaupt die Voraussetzungen für die Bildung von privatem Eigentum erfüllen. Dann ist zu fragen, wie denn das Geldsystem – ohne das es keine Arbeitsteilung im heutigen Sinne gibt – denn gestaltet werden muss, damit eine Marktwirtschaft als ein ökonomisches kybernetisches System überhaupt effizient funktionieren kann. Da der Wettbewerb unter kapitalistischen Bedingungen und zudem häufig mit Unterbeschäftigung gekoppelt vielfach in Verruf geraten ist, ist auch hier Klärungsarbeit angesagt, denn der Wettbewerb und die freie Preisbildung, sind wesentliche Steuerungselemente der Marktwirtschaft. Die Alternative zum Wettbewerb ist die Zuteilung und diese ist ein Systembes-

standteil der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine Marktwirtschaft, die es den Teilnehmern nicht erlaubt, sich partiell dem Wettbewerb nicht zu stellen, ist aber keine. Es heißt auch: „Der Wettbewerb ist die Kehrseite der Medaille Freiheit!“

Es ist jedenfalls leichter in einer Diskussion mit sogenannten Verteidigern der Marktwirtschaft, die meistens unbewusst Verteidiger des Kapitalismus sind, nicht unterzugehen, wenn man sich vorher Klarheit über die Ordnungsformen der Wirtschaft und ihre jeweiligen Anforderungen gemacht hat. Wichtig ist auch, sich hier um die Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft zu kümmern. Von den ursprünglichen Ansätzen ist durch ihre Verfremdung zum Kapitalismus mit angehängten zentralverwaltungswirtschaftlich geformten Teilen für die soziale Absicherung und Bildung nicht viel geblieben. In der freiwirtschaftlichen Literatur findet man dazu Anregungen.

Nun zu ein paar Anmerkungen zu den FDP-Liberalen allgemein und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué speziell:

Am 23. 4. 1969, nachdem wir ⁸ die Liberal Soziale Partei aufgelöst hatten, habe ich in Bremerhaven meinen Aufnahmeantrag für die Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei (FDP) geschrieben. Vorher hatte die FDP unter Führung von Walter Scheel – dem späteren Bundespräsidenten - als Zeichen der Erneuerung Punkte hinter der Kurzform ihres Namens gesetzt. Am 7. 7. 1978 habe an die F.D.P., Ortsverband Neustadt a. Rbge. folgendes geschrieben:

Sehr verehrte Freunde,

am Donnerstag, den 29. Juni 1978 habe ich in der Kreisversammlung der F.D.P. Hann.-Land in Hannover meinen Austritt aus der F.D.P. erklärt.

Mein Austritt aus der F.D.P. hat wenig mit unserer Arbeit im Ortsverband Neustadt zu tun, gar nichts mit der Wahlniederlage am 4. 6., aber viel mit den Ursachen für die Wahlniederlage, wobei ich die Koalitionsfrage für nebensächlich halte.

Die F.D.P. muß sich an ihrem Anspruch, eine liberale Partei zu sein, messen lassen. Die Wirklichkeit stellt sich für mich so da, daß die F.D.P.-Prominenz auf Landes- und Bundesebene den Wählern und Mitgliedern die Spreu statt den Weizen als Liberalität verkauft.

Mein Anliegen war es, den Weizen zu beschreiben. Nach neun Jahren Mitgliedschaft in der FDP habe ich vor der innerparteilichen Informationsfeindlichkeit kapituliert. Ich sehe auch für die nächste Zukunft keine bessere Wirkungsmöglichkeit in der F.D.P.. Wenn die F.D.P. noch eine positive Entwicklung nehmen soll, so braucht sie m.E. noch einige Wahlniederlagen.

⁸ Wir = die Mitglieder und ich als Vorstandsmitglied.

Ich werde zwischenzeitlich versuchen, liberale Positionen in der GLU zu vertreten. Ich hoffe, daß zwischen Ihnen und mir ein freundschaftlicher Kontakt bestehen bleibt.

Mit freundschaftlichen Grüßen

N.S. Mein Beitragskonto ist in.Vv. ausgeglichen.

Die GLU (Grüne Liste Umweltschutz) in Niedersachsen war die erste Gründungszelle der Partei *Die GRÜNEN*. Grün ist auch die Signalfarbe der Freiwirtschaftsbewegung. Wenn ich rückblickend auf meine Zeiten in der FDP und als Gründungsmitglied der GRÜNEN zurückblicke, war die Zeit bei den Liberalen nicht so bewegt wie bei den Grünen aber insgesamt menschenfreundlicher. Für alle Parteien gilt, dass Parteifreunde sich nicht immer freundlich gesinnt sind. Der Eintritt in eine Partei bedeutet ja nicht, dass alle Mitglieder das gleiche wollen, sondern bestenfalls etwas Ähnliches. Der Kampf um die Ausrichtung der Partei wird selten offen mit Fairness ausgetragen. Der innere Wettbewerb um die besseren Ideen wird dem Bild von der Geschlossenheit einer Partei geopfert, weil man vermutet oder weil es tatsächlich so ist, dass die Wähler und ihr Vormund, die Presse es so will. Die Wirkung ist, dass letztlich die Parteiarbeit als verlogen und fruchtlos empfunden wird. Wenn sich heute die Grünen um wirtschaftliche Kompetenz bemühen, dann wirkt das verwunderlich, denn jahrzehntelang haben sie das Aufkommen dieser Kompetenz verhindert. Aber meine Erwartung, die FDP würde nach weiteren Wahlniederlagen einsichtiger, hat sich nicht erfüllt.⁹ Obwohl die FDP aus den meisten Parlamenten heraus gewählt wurde, pflegt sie weiterhin das Bild eines merkwürdigen Liberalismus und das eines der Marktwirtschaft, die ihre Namen nicht verdienen. Wirkliche Erklärungen dafür habe ich nicht. Es ist sicher zu beobachten, dass ein selbständiger Mittelständler glaubt, wenn sein Unternehmen schwarze Zahlen schreibt und die staatliche Bürokratie ihm das Leben nicht allzu schwer macht, dass er sich dann schon zufrieden gibt und glaubt, er agiere in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Auch wird das Bild von der Marktwirtschaft sicher kümmerlich bleiben, wenn ein Mitglied der Partei mit dem Selbstverständnis eines Staatsschulenlehrers Parteivorsitzender und Wirtschaftsministers wird. Ich müsste wohl versuchen, eine Fülle von Einzelfallbeschreibungen zu sammeln, um eine Erklärung zu finden, warum die FDP-Mitglieder ein so reduziertes Bild vom Liberalismus und von der Marktwirtschaft als seine wirtschaftliche Organisationsform haben. Jedenfalls ist es so, dass sich Menschen, die sich um eine bessere Ökonomie bemühen, nicht von FDP- oder CDU-Sprücheklöppfern in die Irre jagen lassen sollten. Die selbsternannten

⁹ Manchmal gibt es ein Hoffnungszeichen, aber bekanntlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer.
<http://rent-grabbing.com/2015/01/08/landesparteitag-der-fdp-baden-wuerttemberg-unverhofft-kommt-hier-nicht-oft/>

Vertreter der Marktwirtschaft haben seit Jahrzehnten ihre Hausaufgaben nicht gemacht und die Neoliberalen zweiter Prägungen haben der Idee von der marktwirtschaftlichen Ordnung einen Bärendienst erwiesen, indem sie durch die Länder zogen und verkündeten, eine leistungsfähige und in sich gerechte Marktwirtschaft stelle sich von selber ein, wenn der Staat seine ordnende Hand in die Hosentasche stecke.

Anmerkungen zu Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Magdeburg und im vorliegenden Fall der Diskussionspartner von Bernd Winkelmann. Ich hatte von der Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit und den lokalen Ableger Liberale Gesellschaft Bremen in Bremen gehört, die unter dem Titel „Die Zukunft des Euro: Kritische Fragen – Liberale Antworten“ am 19. März 2014 stattfinden sollte. Als Referent wurde Prof. Paqué angekündigt. Ich bin dann vom Steinhuder Meer nach Bremen gefahren, weil mich das Thema Euro beschäftigte und ich hören wollte, was der mir bis dahin unbekannte Professor zu sagen hatte. Ein Anreiz für die Fahrt war auch, dass ich im Netz unter dem Stichwort Liberale Gesellschaft auch den Namen eines Menschen entdeckte, den ich schon in den 60er Jahren bei einer Demonstration des Volkswirtschaftlichen Planspiels „Walker Modell“ begegnet bin. Der Versammlungsort, der Bremer Presse-Club und auch die Zuhörer – vorwiegend grauhaarig und im vorgerückten Alter wie ich selbst – waren eine angenehme Kulisse. Den vortragende Referent erlebte ich als einen eloquenten Redner, der unaufgeregt das abspulte, was er zu sagen hatte. Er hat aber nichts gesagt, was mich vom Hocker gerissen hätte oder mir Klärung der anstehenden Fragen gebracht hätte. Das liegt nicht daran, dass Karl-Heinz Paqué nichts zu sagen hätte, denn er hat ja durch seine akademischen Titel und die Wahl in bedeutende Ämter nachgewiesen, dass er kein Stroh im Kopf hat. Worin liegt der Mangel der Aussageergiebigkeit dann begründet? Nun, einmal haben wir in der Ökonomie auch mit der Summe des wachsenden Wissens zu tun. Es ist ja nicht nur zu berücksichtigen, was heute übereinstimmen und widersprüchlich über ökonomische Fakten und Prozesse verhandelt wird, sondern auch das, was früher gedacht wurde. Hinzu kommt das selbst erarbeitete Wissen. Das alles parat zu haben und es richtig anwenden zu können überfordert auch die klügsten Menschen. Wenn sich ein angelernter Ökonom wie ich mit der Ökonomie befasst, kann er nur hoffen, dass ihm seine Intuition das Wissen zuführt, das ihn in die Lage versetzt, ökonomische Probleme richtig zu verstehen und Wege zu finden, die ihre Lösung ermöglichen. Das Problem ist für alle Zeitgenossen das gleiche, egal ob er Professor der Ökonomie ist oder nicht. Vielleicht ist die Unsi-

cherheit in der Analyse und die Schlüsse, die daraus gezogen werden, gleich groß. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Wertfreiheit der Wissenschaft sich in der Ökonomie nicht durchgesetzt hat. Wertfreiheit ist kein Synonym für Wertlosigkeit – wie ich dachte, als ich den Begriff 1964 zum ersten Mal hörte -, sondern das Bemühen, das Auffinden von Fakten im Erkenntnisprozess von ihrer Bewertung zu trennen. Siehe auch:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Wertfreiheit>

Konkret bedeutet das, dass die Wirtschaftswissenschaft immer Verdacht steht, an Interessen von Gruppen gebunden zu sein oder dass der Wirtschaftswissenschaftler durch die gesellschaftliche Gruppe, in der seine Sozialisation erfolgte, geprägt ist. In der unübersichtlichen Lage, was tragbares ökonomisches Wissen ist und welche persönlichen Prägungen der reinen Wissenschaft abträglich oder förderlich sind, kommt es dann zur Bildung von ökonomischen Schulen, zu Netzwerken und Zitierkartellen, um im Verbund die eigene Sicht oder Bedeutung abzusichern. Das wäre alles nicht schlimm, wenn es einen echten, chancengleichen Wettbewerb in dem Wissenschaftsbetrieb gäbe. Den gibt es aber nicht, denn bei uns wird die Marktwirtschaft von einer Wirtschaftswissenschaft gelehrt, die organisatorisch nicht nach dem Modell der Marktwirtschaft ausgerichtet sind, sondern nach der Zentralverwaltungswirtschaft. Und hier spielt der gute Draht zu den Parteien und Ministerien eine größere Rolle als zufriedenstellende Ergebnisse für die Studenten und die Gesamtgesellschaft. Wie man leicht merken kann, geht es mir nicht darum, hier zu versuchen, einen Professor zu desavouieren, sondern auf eine Schwäche der Wirtschaftswissenschaft hinzuweisen.

Schauen wir uns noch mal die Sätze an, von denen Bernd Winkelmann berichtet, dass sie von Karl-Heinz Paqué sind:

1. Wirtschaft sei ein so kompliziertes Unterfangen, dass man da keine allwissenden Alternativrezepte vorlegen könne.
2. Die Soziale Marktwirtschaft sei ein fehlerfreundlicher Lernprozess, der sich in Deutschland bestens bewährt habe.
3. So gäbe es einige Fehlerscheinungen z.B. im Bankenwesen, die aber innerhalb des Systems korrigierbar wären.
4. Wachstum und Innovationen seien unverzichtbar.
5. Wir brauchen keine große Transformation, kleine Schritte seien ausreichend.
6. Die Hartz IV Gesetze haben in Deutschland zum Aufschwung geführt.
7. Die Einkommensunterschiede seien weltweit und lägen an den höheren Qualifizierungen, die besser bezahlt würden. ...

Zu 1: Wenn der erste Satz richtig ist, können wir die Wirtschaftswissenschaften auflösen, deren Personal entlassen und damit viel Kosten sparen. Das würde in diesem Fall nicht die Rendite des Kapitals erhöhen, aber die Kosten des Staates und die Arbeitslast der Bürger

mindern.

Zu 2: Die Marktwirtschaft ist ein flexibles System, sie funktioniert auch noch in ihrer Unvollständigkeit und mit fast unzählbaren Eingriffen des Staates nach zentralverwaltungswirtschaftlichem Muster. Von Anbeginn an hätte aus den vorhandenen Fehlern ein Lernprozess der Wirtschaftswissenschaft entstehen müssen. Dieser wurde aber immer wieder abgeblockt und konnte über die Jahrzehnte abgeblockt werden, weil die Wirtschaftswissenschaftler ja nicht von dem Markterlös ihrer Arbeit leben müssen.

Zu 3: Die Fehlentwicklungen im Banksystem, sind in der Hauptsache in einer falschen Währungstheorie und -politik zu suchen. Würde eindeutig das Haftungs- und Konkursrecht auf die Banken angewendet, bräuchte man sich nicht groß um die Banken zu kümmern.

Zu 4: Unser Wachstum an Erkenntnissen kann so lange wachsen, wie wir dadurch nicht krank werden. Unser Wachstum an Muße bei einer gerechten Verteilung der notwendigen Erwerbsarbeit, ist eine Voraussetzung für die Aneignung und den Genuss von Kultur und für die Teilhabe der Wirtschaftsteilnehmer an der Politik als Bürger. Aber in einer endlichen Welt von einem unendlichen materiellen Wachstum auszugehen, ist ein Programm in den Untergang und zudem ungeeignet die Verteilungs- und Beschäftigungsprobleme in der Welt zu lösen.

Zu 5: Wenn wir gleich nach dem Zweiten Weltkrieg angefangen wären, mit kleinen Schritten den Weg der Sozialen Marktwirtschaft zu gehen und die damals schon sichtbaren Fehler zu beheben oder wenigstens den Weg der kleinen Schritte dann gegangen wären, als die beiden deutschen Republiken ohne verfassungsrechtlichen Segen des Volkes verkuppelt wurden, dann wären auch jetzt nur kleine weitere Schritte nötig. Inzwischen geht es nicht mehr alleine um Deutschland, denn der nächste Weltenbrand lodert schon vor unserer Tür. Es geht um die Transformation des Kapitalismus in die Marktwirtschaft. Die Verschleierung des Problems durch die Wirtschaftswissenschaft kann nicht länger hingenommen werden.

Zu 6: Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe habe ich schon - wenn ich mich recht erinnere - in meinem Text "Arbeitslosigkeit - Ursachen - Wirkungen - Lösungen" ¹⁰ vom Ende 1977 vorgeschlagen, aber unter anderen Bedingungen, wie sie später realisiert wurde. Hier an dieser Stelle ist nur zu kritisieren, dass die Harzt IV-Regelungen dazu geführt haben, dass viele Unternehmen einen Teil der Löhne für die sogenannten Aufstocker auf die Allgemeinheit abwälzen können. Auch Prof. Paqueé ist gegen einen Mindestlohn eingestellt (Handelsblatt vom 18. März 2014), dabei könnte er ja bei Alfred Müller-Armack - der ja den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* geprägt haben soll - lesen:

Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden. Auch in Zeiten eines plötzlichen Arbeitsüberangebotes, das, wie es gegenwärtig der Fall ist, strukturell noch nicht absorbiert wurde, ist ein gewisser Lohnschutz sinnvoll, der nur in Zeiten annähernder Vollbeschäftigung gelockert werden kann.¹¹

Die Lohnsubventionierung von Betrieben im Niedriglohnssektor ist eine Lastenübertragung

¹⁰ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>

¹¹ Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, 1976, S. 119

auf andere Unbeteiligte, somit eine Wettbewerbsverzerrung und für die betroffenen Arbeitnehmer, die ihr Leben nicht von ihrem Lohn fristen können eine Demütigung. Das noch größere Übel ist aber, dass die Wirtschaftswissenschaften es nicht für nötig gehalten haben, die auf dem Ideenmarkt vorliegenden marktkonformen Lösungen für das Konjunkturproblem zu prüfen.

Zu 7: Wenn Professor Paqué wirklich gesagt hat, dass die Einkommensunterschiede in der Welt daran lägen, dass die höheren Qualifizierungen besser bezahlt würden, dies die einzige Ursache ist und er selber das auch glaubt und die Aussage nicht als Beruhigungsspiel für das dumme Volk versteht, dann kann ich nur den Titel seines Gastkommentars im Handelsblatt vom 18. März 2014 anwenden: „Blind für die Zukunft“ und ergänzen: „Blind für die Gegenwart und Zukunft“.¹²

Ich selber sitze nicht auf dem hohen Ross der Unfehlbarkeit und habe keinen Gefallen daran einen Professor der Wirtschaftswissenschaft auf das rechte Maß zu stützen. Mir geht es darum aufzuzeigen, dass auch eine hervorragende wissenschaftliche Karriere nicht vor ideologischen Fallen und vor blinden Flecken in der Wahrnehmung schützt. Zur Ehrenrettung des Kritisierten füge ich Links ein, die helfen können, meine eigene mögliche Fehlsichtigkeit in Bezug auf diesen Hochschullehrer, wenn sie denn vorhanden ist, zu korrigieren:

https://lobbypedia.de/wiki/Karl-Heinz_Paqu%C3%A9
http://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Heinz_Paqu%C3%A9

Die Zukunft des Euro: Kritische Fragen – Liberale Antworten

Karl-Heinz Paqué, Michael Theurer, Alexander Graf Lambsdorff

<http://www.kommunalpolitik-aktuell.de/wp-content/uploads/2014/03/Die-Zukunft-des-Euro.pdf>

ÖkonomInnen in der Finanzkrise / Netzwerkanalytische Sicht auf die deutschsprachigen ÖkonomInnen / Stephan Pühringer, Katrin Hirte

<http://www.jku.at/icae/content/e248904/e248907/e249185/e249194/wp18.pdf>

Die Zukunft des Euro: Kritische Fragen - Liberale Antworten <http://www.freiheit.org/Hannover-Aktuell/122c28968i1p74/index.html>

Aus der Textfundgrube:

Die Wahrheit ist selten kompliziert, meist ist nur der Betrachter verwirrt (was selten ein Zufall ist) oder intellektuell nicht in der Lage, sie zu erkennen. Wobei zwischen Intelligenz und Bildungsstand oder der Aneignung von Wissen kein kausaler Zusammenhang besteht! Oft, wenn nicht sogar meistens, verzapfen gebildete, mit Wissen förmlich vollgestopfte Menschen den größten denkbaren Mist.

Antoine de Saint-Exupéry

„Herr Bundeskanzler, wie erklären Sie sich“ – fragte Galbraith – „Österreichs hervorragende wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit: niedrige Inflation, Vollbeschäftigung, stetig wachsende Produktivität, ein dichtes und umfassendes System sozialer Sicherung und öffentlicher Investitionen?“ Worauf Kreisky erwiderte:

„Ich erkläre mir das damit, dass wir dem Export viel Beachtung schenkten. Wir haben alle unsere Wirtschaftswissenschaftler exportiert.“

Bruno Kreisky im Gespräch mit John K. Galbraith

¹² Seinen Gastkommentar aus dem Handelsblatt hat Prof. Paqué als Kopie im Vortragsraum ausgelegt. Ich habe ihm eine Ausgabe der Zeitschrift *Fairconomy – Für eine Welt mit Zukunft* überreicht. (www.inwo.de) Es war die Ausgabe Nr. 1 /2014 mit der Titelschlagzeile „Stabile Währung dank Durchhaltekosten“